



PfarrGemeindeHaus – Planung

Sehr geehrte Mitglieder der Regionalkonferenzen
und der Kirchengemeinderäte
im Ev.-Luth. Kirchenkreis Mecklenburg,

im Rahmen des Beteiligungsprozesses „Stadt, Land, Kirche – Zukunft in Mecklenburg“ erhalten Sie heute das Material zur PfarrGemeindeHaus-Planung. Dieses soll Ihnen bei der Entscheidungsfindung helfen, welche Häuser in Ihrer Kirchenregion zukünftig Zuschüsse des Kirchenkreises im Rahmen der Haushaltslage erhalten sollen.

Bitte beachten Sie, dass sich diese Planung nur auf die Förderung mit Zuschüssen, die vom Kirchenkreis verantwortet werden, bezieht. Häuser, die nicht mehr mit solchen Zuschüssen gefördert werden, können dennoch weiterhin in der Verantwortung der Kirchengemeinde genutzt und erhalten werden (siehe Anlage: „Konzept“ Pkt. 3.3. unter Schritt 2).

Der Kirchenkreisrat hat am 17.10.2014 beschlossen, dass anhand einheitlicher Kriterien in Zukunft jeweils eine festgelegte Anzahl von Häusern pro Kirchenregion förderfähig sein soll.

Für Ihre Kirchenregion können Sie die Anzahl der förderfähigen Häuser aus den beiliegenden Unterlagen entnehmen.

Im jetzigen nächsten Schritt der Planung, sind Sie als Regionalkonferenz aufgefordert,

- zu *entscheiden*, welche PfarrGemeindeHäuser in Ihrer Kirchenregion mit Investitionszuschüssen gefördert werden sollen (Kategorie 1) bzw.
- dem Kirchenkreisrat *vorzuschlagen*, welche Häuser Reparaturzuschüsse erhalten sollen (Kategorie 2).

Der Kirchenkreisrat hat diese Entscheidung ausdrücklich in die Hände der Regionalkonferenzen und nicht der einzelnen Kirchengemeinden gelegt. Auch größere Gemeinden, die eventuell die Schlüsselzahlen an Gemeindegliedern erreichen, können daraus keinen Rechtsanspruch auf Förderung ableiten und sich der Diskussion unter regionalen Gesichtspunkten entziehen.

Bei der Entscheidung durch die Regionalkonferenz ist Folgendes zu berücksichtigen:

1. Kirchengemeinden, die einen Pfarrsprengel bilden, müssen in einem ersten Schritt intern klären, welcher Standort in die Bewertung einbezogen werden soll und welche nicht.
2. Gemeindeorte, an denen mehrere Gebäude vorhanden sind, können zunächst den Standort als Ganzes in die Bewertung einbeziehen lassen. Es muss jedoch damit gerechnet werden, dass auch diese Standorte in Zukunft nur Gesamtzuschüsse in der Höhe erhalten, die ansonsten für die Erhaltung eines Gebäudes nötig wären.
3. Im nächsten Schritt ist die Rangfolge nach Gemeindegliederzahlen zu berücksichtigen (Bewertung Spalte A). Diese soll zur Hälfte in die Gesamtbewertung einbezogen werden.
4. Zur anderen Hälfte soll die Rangfolge in Spalte B nach den sogenannten weichen Kriterien erfolgen (siehe Anlage: „Konzept“ Pkt. 3.3. unter Schritt 2) Lagequalität, Infrastruktur, Funktionalität, Nutzung).
 - Nehmen Sie die Wichtung dieser Kriterien bitte auf dem Hintergrund Ihrer Diskussionen zu den fünf grundsätzlichen Themenpapieren vor.
 - Ebenfalls ist bei dieser Abwägung der von der KKV ermittelte Investitionsbedarf zur Erreichung eines vergleichbaren baulichen und energetischen Standards zu beachten.
 - Es können nur Häuser der Kategorie 1 zugeordnet werden, wenn die Kirchengemeinde oder die Region in der Lage und bereit sind, die Instandhaltungsrücklage (jährlich 1,3 % des Jahresneubauwertes) aufzubringen und angemessene Eigenmittel bei den Investitionen bereitzustellen.

Verfahrensvorschlag:

Um als Regionalkonferenz zu einer konkreten Entscheidung zu kommen, sollte nach einer ausführlichen Diskussion aller Argumente eine Abstimmung erfolgen. Hierbei kann jedes stimmberechtigte Mitglied auf seinem Abstimmungszettel eine Rangfolge unter den infrage kommenden Häusern festlegen. Auch wenn für die Auszählung der Stimmzettel etwas Zeit einzuplanen ist, so wird sich doch eine klare Reihenfolge für Spalte B ergeben.

5. Aus der Summe der Wertungsränge von Spalte A und B ergibt sich sodann die Gesamtrangfolge C. Sollte durch eine gleiche Gesamtrangzahl zweier oder mehrerer Häuser keine eindeutige Zuordnung zu den förderfähigen Häusern der Kategorie 1 möglich sein, muss die Regionalkonferenz über diese Häuser noch einmal separat abstimmen („Stichwahl“).

Aufgrund der sich ergebenden Gesamtrangfolge fasst die Regionalkonferenz einen Beschluss:

„Die Regionalkonferenz ... beschließt im Rahmen der PfarrGemeindeHaus - Planung, dass folgende Häuser / Standorte bei der zukünftigen Vergabe von Investitionszuschüssen durch den Kirchenkreis berücksichtigt werden sollen:“!

6. Die Regionalkonferenz kann darüber hinaus einen Vorschlag unterbreiten, welche Häuser bis 2030 durch Reparaturzuschüsse des Kirchenkreises im jetzigen Bauzustand erhalten werden sollten, weil sie
 - entweder als Pfarrwohnung genutzt werden oder
 - weil sie eine besondere Bedeutung für die Kirchengemeinde-Entwicklung haben. Diese Bedeutung ist ausführlich zu begründen.

Die Regionalkonferenz fasst hierzu einen Beschluss:

„Die Regionalkonferenz ... schlägt dem Kirchenkreisrat im Rahmen der PfarrGemeindeHaus – Planung vor, dass folgende Häuser / Standorte bei der zukünftigen Vergabe von Reparaturzuschüssen durch den Kirchenkreis berücksichtigt werden:“!

Die Ergebnisse der PfarrGemeindeHaus-Planung der Kirchenregionen sollen bis zum Juni 2016 vorliegen. Kommt die Regionalkonferenz zu keiner eindeutigen Entscheidung bzw. sieht sie sich hierzu überhaupt nicht in der Lage, entscheidet nach Ablauf des Beteiligungsprozesses der Kirchenkreisrat.

Abschließend wird der Kirchenkreisrat die Ergebnisse in einem Beschluss für den gesamten Kirchenkreis zusammenfassen. Dabei werden alle Häuser einer der drei Kategorien zugeordnet.

Liebe Mitglieder der Regionalkonferenzen,
es ist uns bewusst, dass diese Entscheidungen nicht einfach sind. Dem Kirchenkreisrat liegt jedoch daran, die haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden in den Kirchengemeinden und -regionen an diesen notwendigen Prozessen zu beteiligen. Wir hoffen hiermit eine Form gefunden zu haben, bei der Ihre Kenntnisse und Bedürfnisse vor Ort verbindlich in die Entscheidungen mit einfließen können. Bei Rückfragen können Sie sich jederzeit an mich oder Herrn Reppenhagen in der Kirchenkreisverwaltung wenden.

Mit guten Segenswünschen
für Ihre Beratungen

Ihr

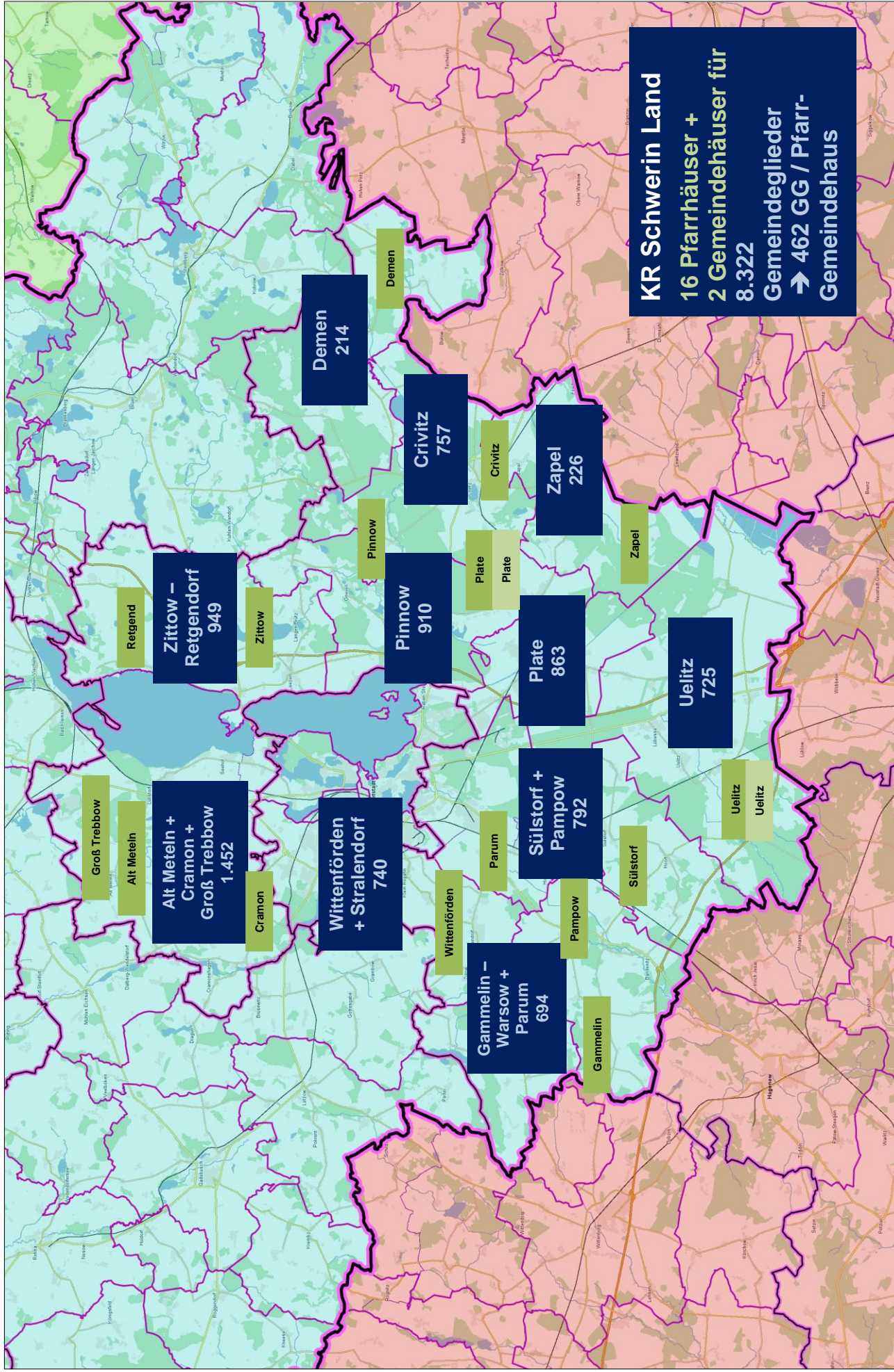


Wulf Schünemann
Propst

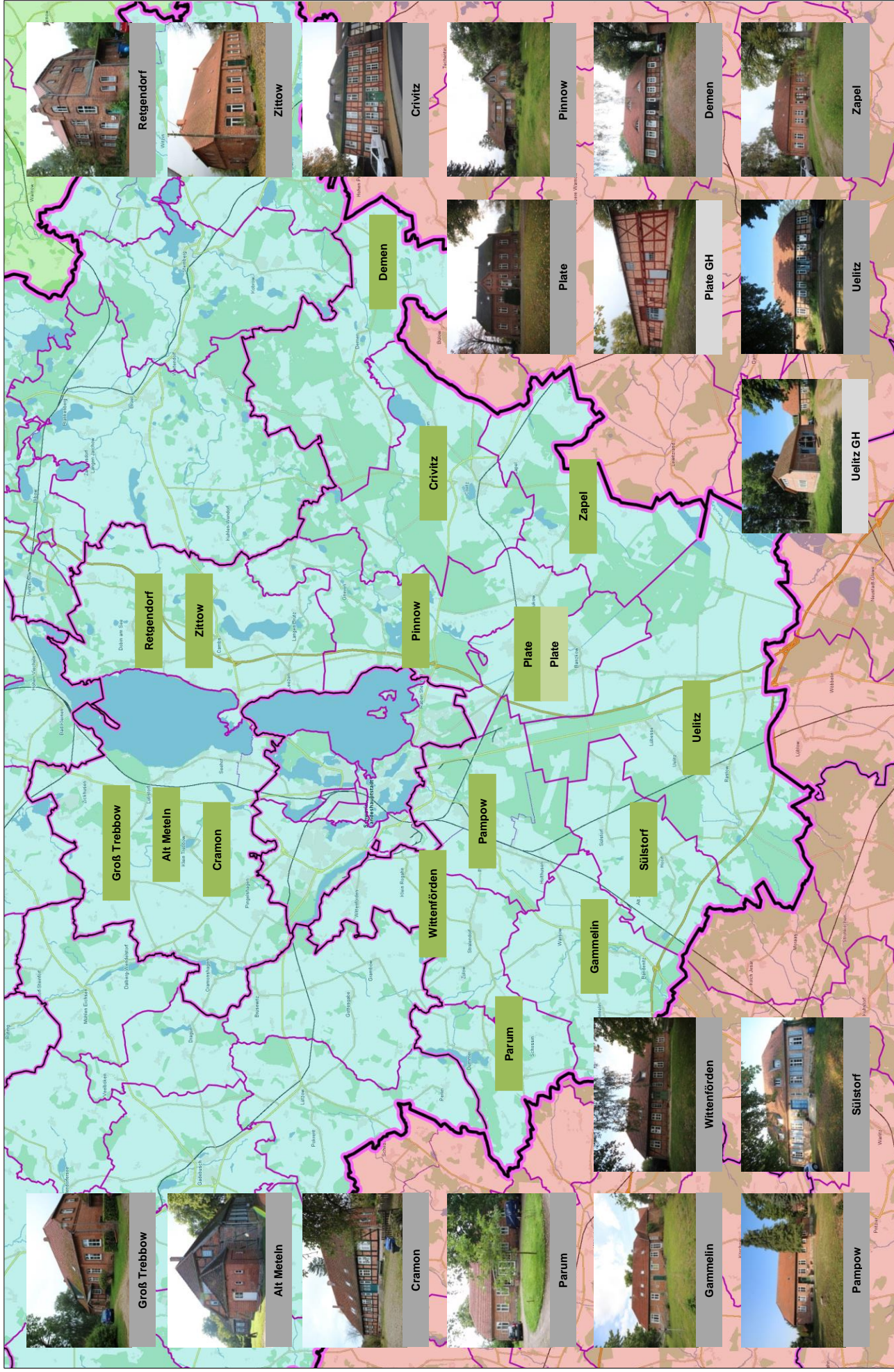
Anlagen: - siehe Inhaltsverzeichnis und folgende 9 Seiten

Inhaltsverzeichnis

Abschnitt 1	Gebäudebestand	Seite 1 bis 2
	Investitionsbedarf	Seite 3
	Bewertungstabelle	Seite 4
Abschnitt 2	Konzept zur PfarrGemeindeHaus – Planung im ELKM	Seite 5 bis 9



KR Schwerin Land
16 Pfarrhäuser +
2 Gemeindehäuser für
8.322
Gemeindeglieder
→ 462 GG / Pfarr-
Gemeindehaus



laufende Nummer	Die Kirchregion und ihre Kirchgemeinden	PLZ	Pfarrhäuser	Gemeindehäuser	Standort	Baulast	Sanierungsbedarf in EUR	Anschrift	Pfarrwohnungen	Nutzung als
KR Schwerin Land		18					3.689.000,00			Pfarr- und Gemeindehäuser
			16				3.689.000,00			Pfarrhäuser
				2			0,00			Gemeindehäuser
44	Alt Meteln + Cramon + Groß Trebbow	19069	1		Alt Meteln	st	400.000,00	Lübsdorfer Straße 16	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderäume, Mietwohnung
45		VB	19071	1	Cramon	st	624.000,00	Mühlenweg 5		Gemeindebüro, Gemeinderäume, Miertwohnung
46			19069	1	Groß Trebbow	ohne	450.000,00	Pingelshagener Straße 23		Gemeinderaum, 3 Mietwohnungen
47	Crivitz	19089	1		Crivitz	st	0,00	Kirchenstraße 3	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
48	Demmen	19089	1		Demmen	st	50.000,00	Fritz Reuter Straße 5		Gemeindebüro, Gemeinderaum, Miertwohnung
49	Gammelin-Warsow + Parum	19230	1		Gammelin	st	50.000,00	Schulstraße 6	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
50		VB	19243	1	Parum	st	533.000,00	Alte Dorfstraße 23		leerstehend, Gemeinderaum wird als Christenlehrerraum genutzt
51	Pinnow	19065	1		Pinnow	st	0,00	Dorfstraße 20	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
52	Plate	19086	1		Plate	st	250.000,00	Störstraße 1	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
53			19086		1	Plate	st	50.000,00	Störstraße 1	
54	Sülstorf + Pampow	19077	1		Sülstorf	st	150.000,00	Hauptstraße 29	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
55		VB	19075	1	Pampow	st	470.000,00	Schmiedeweg 4		Gemeindebüro, Gemeinderäume, Miertwohnungen
56	Uelitz	19071	1		Uelitz	st	0,00	Grüne Straße 5	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum
57			19071		1	Uelitz	st	0,00	Grüne Straße 5	
58	Wittenförden + Stralendorf	19073	1		Wittenförden	st	120.000,00	Alte Dorfstraße 5	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro
59	Zapel	19089	1		Zapel	st	292.000,00	Kirchenweg 4		Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum, Mietwohnung
60	Zittow-Retgendorf	19067	1		Retgendorf	st	150.000,00	Seestraße 13		Gemeinderaum, 2 Mietwohnungen
61		VB	19067	1	Zittow	ohne	100.000,00	Dorfstraße 33	1	Pfarrwohnung , Amtszimmer, Gemeindebüro, Gemeinderaum, Ferienwohnung

Kirchenregion Schwerin Land

						BEWERTUNG			
						Gemeindegliederzahl Prognose 2030	Reihenfolge nach Gemeindegliederzahlen	Reihenfolge nach Lagequalität/ Infrastruktur Funktionalität / Nutzung	Reihenfolge nach 50% A und 50% B
Kirchengemeinde	Pfarrsprengel	PLZ	Gebäude	Investitionsbedarf in EUR		A	B	C	
			18 im Bestand	2.799.000	6.188				
Alt Meteln + Cramon + Groß Trebbow	19069	PH	Alt Meteln	350.000	1.087	1			
	19071	PH	Cramon	624.000					
	19069	PH	Groß Trebbow	130.000					
Crivitz	19089	PH	Crivitz	0	431	9			
Demem	19089	PH	Demem	5.000	19	11			
Gammelin-Warsow + Parum	19230	PH	Gammelin	10.000	553	6			
	19243	PH	Parum	533.000					
Pinnow	19065	PH	Pinnow	0	974	2			
Plate	19086	PH	Plate	120.000	556	5			
	19086	GH	Plate	0					
Sülstorf + Pampow	19077	PH	Sülstorf	0	552	7			
	19075	PH	Pampow	470.000					
Uelitz	19071	PH	Uelitz	0	559	4			
	19071	GH		0					
Wittenförden + Stralendorf	19073	PH	Wittenförden	120.000	503	8			
Zapel	19089	PH	Zapel	292.000	210	10			
Zittow-Retgendorf	19067	PH	Zittow	100.000	744	3			
	19067	PH	Retgendorf	45.000					

Ein Pfarrsprengel kann nur ein Gebäude in die Bewertung einbringen !

Zielvorgabe (im Durchschnitt):

9 Gebäude

Berechnet aus 11 KG in Regionen mit <50 EW/km² und Ø700 GG/ Pfarrgemeindehaus = 9 Gebäude

Konzept zur PfarrGemeindeHaus – Planung im ELKM

1. Begriffsklärung

Der bisher verwendete Begriff „Pfarrhausplanung“ knüpft die Hausfrage zu sehr an die Dienstwohnung des Pastors und an die Pfarrstellenplanung.

Beide Punkte sind jedoch nach heutiger Einschätzung keine festen Konstanten, auf die eine langfristige Planung aufbauen kann.

Aus diesem Grunde wird hier von PfarrGemeindeHaus-Planung gesprochen.

Wenn es im Folgenden um das Festlegen einer Zahl von Häusern geht, die der Kirchenkreis in Zukunft mit finanziellen Mitteln unterstützt, ist zu beachten, dass grundsätzlich eine Dienstwohnung vorzuhalten ist, solange die Residenzpflicht besteht. Mit der Entscheidung für ein Haus ist jedoch keine langfristige Festlegung über dessen konkrete Nutzung gefallen. Es kann je nach Konzept der Kirchengemeinde und der Kirchenregion perspektivisch sowohl als Pfarrhaus mit Dienstwohnung und/oder Gemeinderäumen, nur als Gemeindehaus oder Winterkirche oder als ein besonderes Funktionshaus (Kinder, Jugend, Senioren, Dorfgemeinschaftshaus etc.) genutzt werden. Entscheidungen im Rahmen dieser PfarrGemeindeHaus-Planung nehmen ausdrücklich keine Entscheidungen über den künftigen Pfarrstellenplan voraus. (Einerseits müssen Häuser der Kategorie 1 nicht zwangsläufig langfristig auch Pfarrsitze sein, andererseits können Pfarrsitze auch bestehen bleiben, wo Häuser der Kategorie 2 vorhanden sind bzw. andere Möglichkeiten zum Vorhalten einer Dienstwohnung gefunden werden.)

2. Ziele

Die PfarrGemeindeHaus-Planung soll sicherstellen, dass die Bauentscheidungen

- mit Überblick, konzeptionell abgestimmt und nach festgelegten Kriterien gefällt werden,
- sowohl in Bezug auf die Investitionen als auch die Bauunterhaltung dem finanziellen Rahmen der örtlichen Kirchen bzw. der Kirchengemeinden und des Kirchenkreises entsprechen,
- so unabhängig wie möglich von der (Pfarr-)Stellenplanung erfolgen kann.

Die PfarrGemeindeHaus-Planung soll sicherstellen, dass

- die Kirchengemeinden klare und verlässliche Perspektiven in Bezug auf den finanzierbaren bzw. nichtfinanzierbaren Gebäudebestand bekommen,
- das Bewusstsein der Kirchengemeinden für Grenzen und Möglichkeiten der Nutzung und Unterhaltung der vorhandenen Häuser gestärkt wird,
- die Eigenverantwortung der Kirchengemeinden und Kirchenregionen für die konzeptionelle Entwicklung des Gebäudebestandes gestärkt wird,
- situationsbezogene Entscheidungen möglich werden und Übergänge bei der Umsetzung des Planes ermöglicht werden (Unterscheidung bei Fördermöglichkeiten durch den Kirchenkreis in zwei Klassen: Investitions- oder Reparaturzuschüsse),
- die Präsenz von Kirche in Stadt und ländlichen Räumen so weit wie möglich gesichert wird,
- ein einzurichtendes Gebäudemanagement auf verlässliche Bedarfszahlen zurückgreifen kann

Die PfarrGemeindeHaus-Planung bezieht sich ausdrücklich nur auf die Frage, welche Häuser in Zukunft vom Kirchenkreis mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Häuser, die

nicht mehr vom Kirchenkreis gefördert werden, können dennoch weiterhin von der Kirchengemeinde verantwortet genutzt und erhalten werden.
Die Planung soll bis April 2016 feststehen (Ende der jetzigen KGR-Legislatur, Beginn des Stellenplanprozesses).

3. Umsetzung

3.1. Ermittlung eines harten Kriteriums zur Feststellung der Anzahl der Häuser

Berechnungsgrundlage ist die Gemeindegliederzahl in einem bestimmten Bereich, die es als sinnvoll erscheinen lässt, für diese Gemeindegroße ein Haus oder alternativ eine multifunktional nutzbare (Winter-)Kirche vorzuhalten. Es werden prognostizierte Zahlen für 2030 herangezogen werden, da Bauentscheidungen für ca. 50 Jahre gefällt werden. Die voraussichtlichen Gemeindegliederzahlen werden durch lineare Weiterverfolgung der Entwicklung der Gemeindegliederzahlen der letzten 5 Jahre berechnet.
Grundsätzlich wird als Kriterium die Zahl 900 Gemeindeglieder im Jahr 2030 pro PfarrGemeindeHaus festgelegt. (Diese Festlegung gilt nicht automatisch für den Pfarrstellenplan siehe unter 1.).

Um die unterschiedlichen Herausforderungen in großstädtischen und strukturschwachen Räumen zu berücksichtigen, wird der Kirchenkreis in mehrere Bereiche eingeteilt. In bevölkerungsärmeren Regionen wird die notwendig zu erreichende Gemeindegliederzahl um 200 abgesenkt, in den rein großstädtischen Kirchenregionen wird die Gemeindegliederzahl um 200 bzw. 600 erhöht.

Bereich 1	Kirchenregionen mit einer Bevölkerungsdichte unter 50 EW / qkm (hauptsächlich in den Propsteien PCH und NZ)	die zu erreichende GGI-Zahl wird auf 700 abgesenkt
Bereich 2	Kirchenregionen mit einer Bevölkerungsdichte über 50 EW / qkm (hauptsächlich in den Propsteien Rostock und Wismar)	die zu erreichende GGI-Zahl beträgt 900
Bereich 3	reine Stadt-Kirchenregionen a) Neubrandenburg b) Rostock, Schwerin	die zu erreichende GGI-Zahl wird a) auf 1100 bzw. b) auf 1500 erhöht

Aus diesen Kriterien ergibt sich rechnerisch eine Gesamtzahl an Häusern je Propstei und Kirchenregion.

Es wird in der Konsequenz akzeptiert, dass Häuser im Bereich 1 langfristig auf höhere Zuschüsse des Kirchenkreises angewiesen sein werden als Häuser in den Bereichen 2 und 3, da das Eigenpotential der Kirchengemeinden in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich hoch sein wird.

3.2. Entscheidungskompetenzen

Die Entscheidungsebenen werden im Planungsprozess klar getrennt:

	Kompetenz	Aufgabe/ Entscheidungsbefugnis
Kirchenkreis	Art. 41 (1) Verfassung und § 1 Absatz 5 Kirchenkreissatzung ELKM: „... Der Kirchenkreis ... unterstützt und ergänzt die Erfüllung des kirchlichen Auftrages durch die Kirchengemeinden seines Bereiches und sorgt zwischen ihnen für einen Ausgleich der Kräfte und Lasten.“ Blick aufs Ganze; Verteilung der Baumittel (Patronatsleistungen und Anteil der Nettovermögenserträge) entspr. § 8 Finanzsatzung des ELKM und weiterer Zuschüsse	Organisation von Entscheidungsprozessen; Evaluierung der Rahmenbedingungen; Bedarfsgerechte Verteilung der Mittel; Festlegen harter Kriterien; Festlegen von Zahlen der zu fördernden Häuser pro Kirchenregion
Kirchenregion / Kirchengemeinden	Wissen vor Ort; Einsatz der Kirchen-gemeinde-Mittel	Evaluierung des Bedarfes und der Potentiale der einzelnen Häuser in der Kirchenregion anhand weicher Kriterien; Festlegen der langfristig vom KK zu fördernden Häuser; langfristig: Entwicklung von abgestimmten Nutzungskonzepten für die Häuser in der Kirchenregion

3.3. Entscheidungsprozess

Schritt 1: Der Kirchenkreisrat legt fest, **wieviele** Häuser je Kirchenregion weiterhin nach Kategorie 1 (s.u.) förderfähig sind und wie der Entscheidungsprozess verlaufen soll. Der Kirchenkreis stellt den Kirchenregionen und Kirchengemeinden relevantes Arbeitsmaterial zur Verfügung

Schritt 2: Die Regionalkonferenzen entscheiden in einem längeren Prozess, **welche** Häuser in der Kirchenregion weiterhin nach Kategorie 1 förderfähig sein sollen und machen Vorschläge für die Aufnahme in Kategorie 2. Pfarrhäuser mit vorzuhaltenden Dienstwohnungen sind mindestens der Kategorie 2 zuzuordnen. Dieser Prozess kann begleitet werden. Sollte die Kirchenregion zu keinem (eindeutigen) Ergebnis kommen, können dem Kirchenkreisrat auch Alternativen vorgeschlagen werden. Dieser entscheidet dann endgültig.

In diesem Schritt werden die sog. weichen Kriterien geprüft und bewertet, z.B.:

a) Bedeutung der Häuser für die Kirchenregion (Ober-, Unterzentrum, Gemeindeschwerpunkt im ländlichen Raum), für die Kirchengemeinde (einzige Versammlungsmöglichkeit), für die Kommune (erklärtes öffentliches Interesse bzw. Beteiligung Dritter); Tradition (Patronatsgebäude, Alter);

b) Lagequalität / Infrastruktur wie Verkehrsanbindung (ÖPNV, Winterdienst), Versorgungseinrichtungen (Infrastruktur des Ortes, öffentl. Einrichtungen wie KiTas, Schulen, Lebensmittel, Apotheke), Kommunale Entwicklung (Potenzial, Tourismus, Zentralort), Versorgungsanschluss, Freiflächenqualität (Gemeindeaktivitäten, Seegrundstück)

c) Gebäudezustand im Blick auf Funktionalität, Nutzungsmöglichkeiten (Raumaufteilung, Schallschutz, Ausbaureserve, Variabilität, Umnutzungsmöglichkeiten Flächeneffizienz), Gebäudeklima (Wärmeschutz, Feuchtigkeitsklima, Heizkosten) und Erhaltungszustand (Neubau, Sanierungszustand, Konstruktive Bauteile, Dachhaut/Fassade, Sanitär, Heizung und E-Anlage)

Die Kirchenkreisverwaltung stellt hierfür relevantes Zahlenmaterial und einen verbindlichen Auswertungsbogen zur Verfügung.

Sollte in einer Kirchenregion eine multifunktional nutzbare (Winter-)Kirche vorhanden sein, deren Kirchenkreis-Förderung sinnvoller erscheint als die Förderung eines PfarrGemeindehauses, kann die Kirchenregion alternativ diese Winterkirche für die Kategorie 1 vorschlagen.

In der Propstei Parchim kann auf die Ergebnisse der bereits durchgeführten Pfarrhausplanung aus dem Jahr 2010 zurückgegriffen werden.

Schritt 3: Der Kirchenkreisrat fasst die Ergebnisse in einem Beschluss zusammen. Dabei werden die Häuser im Kirchenkreis einer der drei folgenden Kategorien zugeordnet:

1. Investitionszuschüsse: Häuser, für die Kirchenkreismittel für Investitionen möglich sind, da sie voraussichtlich auch nach 2030 als Pfarrhäuser oder andere Häuser für die Gemeindegemeinschaft benötigt werden.
2. Reparaturzuschüsse: Häuser, die bis 2030 im jetzigen Bauzustand erhalten werden sollen, weil sie entweder als Pfarrwohnung genutzt werden oder eine besondere Bedeutung für die Kirchengemeinde-Entwicklung haben. Investitionszuschüsse durch den Kirchenkreis sind nicht möglich, weil der Bedarf der Häuser nach 2030 noch nicht sicher genug erscheint. *
3. keine KK-Zuschüsse: Unterstützung durch den Kirchenkreis nur im Rahmen der üblichen Beratungs- und Verwaltungsleistungen oder durch ein aufzubauendes Immobilien-Management, welches auf vertraglicher Basis Häuser der örtlichen Kirchen bzw. Kirchengemeinden übernehmen und dann Nutzungs- bzw. Verwertungskonzepte erstellen könnte.

Prozessablauf (aktualisiert April 2015):

Schritt 1: Der KKR hat den Beschluss zum Planungsprozess am 17.10.2014 gefasst. Die KK-Synode hat am 14./15.11.2014 den Beschluss des KKRes zur Kenntnis genommen und mit dem Beteiligungsprozess „Stadt, Land, Kirche – Zukunft in Mecklenburg“ verknüpft. Die KKV hat umfangreiches Material zur Entscheidungsfindung für die Regionalkonferenzen zusammengestellt.

Schritt 2: Die Beteiligung der Regionalkonferenzen und Kirchengemeinden im Schritt 2 erfolgt im Rahmen des Gesamtprozesses ab Mai 2015. Die Pröpste (bsd. Propst Schünemann), die Mitarbeiter der Bauabteilung der KKV (bsd. Herr Reppenhausen) und die Mitglieder des Kirchenkreisrates sowie der regionalen Bauausschüsse stehen als Multiplikatoren zur Verfügung.

Die Kirchengemeinderäte und Regionalkonferenzen können im Rahmen des Gesamtprozesses auf Verfahrensbegleiter und Moderatoren, z.B. Gemeindeberater, zurückgreifen.

Zeitraum: Mai 2015 bis Mai 2016

Schritt 3: Beschluss des KKRes möglichst Mitte 2016

Ausblick: Spätestens 10 Jahre nach dem Beschluss (2026) muss überprüft werden, ob
1. durch dieses Verfahren die beabsichtigten Ziele erreicht wurden und
2. die Häuser weiterhin der beschlossenen Kategorie angehören sollen.

Rostock, den 27.9.2014 / 21.4.2015

Wulf Schünemann
Propst